Nr. 245 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 123

Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 70 Pf.
auswärts 80 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 105.— M., monatl. 35.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 35.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 60.— M., für das übrige Ausland 87.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 26. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Lloyd Georges Unterhausrede.

London, 25. Mai. (WTB.) Lloyd George hielt heute im Unterhaus vor dicht besetzten Bänken seine angekündigte Rede. Als er sich erhob, begrüßte ihn lebhafter Beifall von seiten der Regierungspartei. Lloyd George erklärte, er gedenke nichts über die englisch-französischen Beziehungen oder über die deutschen Reparationen zu sagen, da darüber in der nächsten Woche im Unterhause eine Aussprache stattfinden würde. Er werde sich darauf beschränken, auf die Verhandlungen in Genua einen Rückblick zu werfen, und sich dabei hauptsächlich mit der russischen Frage beschäftigen. Die Konferenz, sagte Lloyd George, trat in vollkommen ruhiger Eintracht zusammen und erörterte bis zum letzten Augenblick die streitigen Fragen in durchaus freundschaftlichem Sinne. Was die Frage betreffe, ob die Konferenz erfolgreich gewesen sei, so wolle er lediglich Tatsachen anführen und es den Mitgliedern überlassen, sich selbst über diese Tatsachen ein Urteil zu bilden.

Bezüglich des deutsch-russischen Abkommens

sagte Lloyd George, er wolle seinen Inhalt nicht erörtern, betrachte aber das Abkommen als einen großen Irrtum im Urteil und als Fehler auf seiten Deutschlands. Das Haus möge erwägen, was das Abkommen bedeute. Hier haben Sie, sagte Lloyd George, zwei der größten Nationen der Welt, beide stehen nicht in Gunst, jede von ihnen hat etwas getan, was sie bei den anderen Nationen in Mißkredit gebracht hat, sie sind in der Gesellschaft der Nationen nicht voll zugelassen, und zwischen ihnen besteht eine Gemeinschaft im Unglück und in der Erniedrigung und eine Gemeinschaft in dem, was sie als schlechte Behandlung betrachten und was zu einer wirklichen Freundschaft ausreifen könnte.

Deutschland ist entwaffnet

und könnte noch weiter entwaffnet werden, aber man könnte nicht verhindern, daß Rußland wieder bewaffnet wird, wenn die Nationen zur Verzweiflung getrieben werden. Deutschland könnte Rußland nicht wirtschaftlich neu ausstatten, aber dies ist nicht der Fall mit der Bewaffnung, da sich alles technische Können in dem einen Lande findet und alle natürlichen Hilfsmittel in dem anderen. Lloyd George sagte, es sei nötig, daß man jede Möglichkeit der Lage ins Auge fasse, aber er hoffe, daß sich keine Gelegenheit ergeben würde, an diese Warnung zu erinnern.

Die britischen Vertreter in Genua kamen zu dem Schluß, daß es, was man auch von der Sowjetregierung denke, für den Weltfrieden notwendig sei, daß man zu einem Abkommen mit Rußland komme, um Rußland selbst zu retten und es in den Stand zu setzen, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Welt beizutragen, und daß es vor allem notwendig sei, die Uebel abzuwenden, welche in Zukunft drohen, wenn nichts geschieht, um dieses Wirrnis von Mißverständnissen zu entwirren.

Leider ist schwerlich anzunehmen, daß die amerikanische Regierung in dem Monat, der uns von der Haager Konferenz trennt, ihre Meinung ändern wird. Ich bin der Ueberzeugung, daß kein anderes Land entscheidender zur Lösung der Fragen beitragen könnte, die im Haag berührt werden sollen. Ich habe jedoch noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß die Ergebnisse der Haager Konferenz

den Weg für die amerikanische Mitwirkung ebnen werden.

Es scheint mir, daß die Besorgnis Amerikas, wenn wir die Beziehungen zu Rußland wieder aufnehmen, übertrieben ist. Die Verhandlungen in Genua konnten einen praktischen Abschluß nicht erzielen, gerade weil wir zu keinem Uebereinkommen in der Frage der Garantien, insbesondere in bezug auf Auslandseigentum, mit Rußland gelangten. Lloyd Georges Ansicht über diese Frage in der Schlußvollsitzung der Konferenz war sehr bezeichnend. Er sagte den Russen in klarer Weise, daß, wenn sie Kredite zu erhalten wünschten, sie ihre Versprechungen anerkennen müßten. Mit anderen Worten: wir bestehen fest auf angemessene Garantien, und dies sollte die Vereinigten Staaten beruhigen.

Lloyd George erwähnte dann die Haager Konferenz und sagte, er hoffe, wenn man soweit sei, die Fragen praktisch zu prüfen, daß dann etwas geschehen würde. Inzwischen sei aber zu erwägen, was zu tun sei, um einen

Zusammenstoß in Europa zu verhindern.

Er betonte den Wert des Gottesfriedens-Paktes und sprach die Hoffnung aus, daß er auf einen wirklichen dauernden Frieden hinauslaufen werde, nachdem die Sachverständigen der Haager Konferenz seine Möglichkeiten geprüft hätten. Wenn diese Vorschläge machten, welche die Nationen annehmen, werde dauernder Friede in Europa herrschen.

Er wolle nicht sagen, ob Genua schließlich ein Erfolg sein werde, wenn dies aber nicht der Fall sei, würde die Lage in Europa tragisch sein. Wenn Genua aber auch nur teilweise ein Erfolg sei, würde schon Großes vollbracht sein. Wir haben, sagte Lloyd George, bereits Stellungen erobert, von denen aus ein weiteres Vorrücken möglich ist.

Nach Lloyd George ergriff Asquith das Wort.

Hermes im Reichskabinett.

Die mit großer Spannung erwartete Sitzung des Reichskabinetts hat gestern abend stattgefunden und bis gegen 11 Uhr nachts gedauert. Ueber ihren Verlauf wird vollkommenes Stillschweigen bewahrt, was nach den vorgefallenen Indiskretionen der letzten Zeit keine Verwunderung erregen kann. Es kann jedoch soviel gesagt werden, daß man auf dem Wege ist, die Mißverständnisse, über die wir in der gestrigen Morgenausgabe ausführlich gesprochen haben, zu beseitigen. Schon der Umstand, daß in den Dispositionen des Reichstags keine Aenderung eintritt, die Regierung also heute vormittag geschlossen vor den Auswärtigen Ausschuß treten wird, zeigt, daß eine akute Krise nicht vorhanden ist.

Die Sanktionsfrage im Unterhaus.

London, 24. Mai. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses richtete Kenworthy an die Regierung die Frage, ob sie den § 18 des zweiten Anhangs des achten, die Reparationen betreffenden Teils des Versailler Vertrages in dem Sinne auslege, daß der Paragraph jeder der in Betracht kommenden Regierungen die Freiheit einräume, für sich allein Sanktionen gegen Deutschland in Anwendung zu bringen, wenn die deutsche Regierung die Bestimmungen über die Reparationszahlungen oder andere Bestimmungen des Vertrages vorsätzlich verletze.

Chamberlain erwiderte: „Paragraph 18 muß im Zusammenhang mit dem Paragraph 17 gelesen werden, der der Reparationskommission das Recht gewährt, jeder der beteiligten Mächte mitzuteilen, daß Deutschland im Verzuge sei, und Vorschläge zu machen über die Maßnahmen, die die Reparationskommission im Verfolg eines solchen Verzugs für notwendig erachtet. **§ 18 wird von der britischen Regierung so verstanden, daß er den einzelnen Regierungen das Recht verleiht, unabhängig Maßnahmen zu ergreifen, aber diese Maßnahmen müßten von der in den Paragraphen vorgesehenen Art sein, nämlich wirtschaftliche und finanzielle Verbote und Repressalien und ganz allgemein solche Maßnahmen, die geeignet sind, von jeder Regierung für sich allein getroffen zu werden.** Erinnern möchte ich noch daran, daß das Recht der Auslegung der Bestimmungen des die Reparationen betreffenden Abschnitts des Versailler Vertrages nach Paragraph 12 des erwähnten Anhangs der Reparationskommission zusteht und daß daher die Auffassungen der britischen Regierung über diesen Gegenstand keinen bindenden Charakter haben."

Reparationsdebatten in Frankreich.

Paris, 24. Mai. (Havas.) Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz Doumergues zusammen und beschäftigte sich mit der Frage der Regelung der deutschen Angelegenheiten und den Aussichten einer internationalen Anleihe für Deutschland. Doumergue, der über das Ergebnis der in Genua geführten Verhandlungen von der Regierung auf dem laufenden gehalten wurde, hat dem Ausschuß bereits zweimal Mitteilungen über die Verhandlungen gemacht. Er teilte nunmehr mit, daß Poincaré vor dem Ausschusse demnächst Erklärungen abgeben werde, und führte aus, es sei in Genua nichts Bestimmtes beschlossen worden. Frankreich gehe nach dem Haag erst, wenn das Parlament beraten und Beschlüsse gefaßt haben werde. Es scheine, daß die öffentliche Meinung Englands sich heute über die Gründe der Haltung Frankreichs besser Rechenschaft gebe und daß auch die Anschauungen der amerikanischen Regierung sich in dem gleichen Sinne geändert hätten. Auf seiten der Kleinen Entente bestehe die gleiche Ansicht wie auf Seiten Italiens. Was den 31. Mai betreffe, habe man unrecht, von einem Verfalltag zu sprechen. Die Tat sei ein Diplomaten- und Juristen-Datum, kein finanzieller Verfalltag. **Frankreichs Recht, auch allein vorzugehen, könne nicht bestritten werden. Es folge jedoch daraus nicht, daß Frankreich von diesem Rechte ohne weiteres Gebrauch machen werde,** und daß ein solches Vorgehen das einzige sei, das man in Erwägung ziehen könne, um zu einem greifbaren Resultat zu kommen. In Frankreich wünsche alle Welt die Beibehaltung des Bündnisses und des Einverständnisses mit den Alliierten.

Auf eine weitere Anfrage gibt Doumergue Auskünfte über die Besprechungen des Reichsministers Dr. Hermes mit der Reparationskommission. **Es sei möglich, daß deutsche Industrielle eine Verständigung suchten, aber die Frage der Sicherheiten und die der allmählichen Stabilisierung der Mark blieben mit allen ihren Schwierigkeiten bestehen.**

Aus dem stenographischen Bericht über die gestrige Kammersitzung ist nachzutragen, daß der Abg. Marc Sangnier über eine pazifistische Rede berichtete, die der demokratische Abg. Wilhelm Heile, der Herausgeber der „Hilfe", im Beisein Sangniers gehalten hat.

Als Marc Sangnier seine Rede beendet hatte und von der Tribüne herabstieg, erhob sich Poincaré, um, wie der Havasbericht sagt, in scharfer Tonart zu erklären, man müsse jetzt nur wissen, ob Sangniers Worte die Aufgabe der Regierung bei dem kommenden Verfalltag Deutschlands erleichtern würden.

Ein Prüfstein für Sowjetrußland.

Zum Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre.

Als Lenin und Trotzki im Jahre 1917 die Macht an sich rissen, riefen sie die Diktatur des Proletariats aus. Dieser Vorgang ist nicht ohne Beispiel in der Geschichte. Vor allem im alten Griechenland war es eine häufig angewandte Methode, sich von den Schultern der Masse auf den Herrscherstuhl tragen zu lassen, um dann sein Amt als uneingeschränkter Diktator auszuüben. Aehnliche, wenn auch nicht ganz die gleichen Erscheinungen finden wir in den Verfallstagen des römischen Kaiserreichs. Bestand hat der Despotismus weder in Griechenland noch in Rom gehabt. Das eine Mal war er eine Uebergangserscheinung, das andere Mal führte er zum Untergang.

Lenin und Trotzki erklärten bei ihrem Regierungsantritt, die Diktatur des Proletariats sei nur ein Uebergangsstadium und werde aufgehoben werden, sobald die kommunistische Sowjetrepublik nach außen und innen in ihrem Bestande gesichert sei. Die kommunistische Wirtschaftsordnung hat sich als undurchführbar im heutigen Rußland erwiesen. Geblieben ist zunächst ein gemilderter Sozialismus, der die Produktionsmittel im Prinzip als Staatseigentum erklärt, ohne aus eigener Initiative etwas mit ihnen anfangen zu können. Die Republik besteht nur dem Namen nach. Das Sowjetsystem ist in seinen ursprünglichen Machtbefugnissen kräftig beschnitten worden, jedoch scheint der Beweis erbracht zu sein, daß ein ausbaufähiger Kern in ihm enthalten ist, wenn die Fesseln der Diktatur fallen. Vorläufig aber bleibt die tatsächliche Staatsform Rußlands der Despotismus.

Der mißlungene Versuch, die russische Wirtschaft auf dem Kommunismus aufzubauen, hat zu einem Zusammenbruch geführt, der in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist. Die Industrie ist so gut wie vernichtet, die Landwirtschaft erheblich zurückgegangen. Ganze Provinzen ringen mit dem Tode. Die Verelendung der industriellen und städtischen Bevölkerung ist grenzenlos. Aus eigener Kraft kann sich das russische Volk nicht mehr erheben.

In dieser Situation ruft die Sowjetregierung das ausländische Kapital zu Hilfe. Das Kapital aber kommt nur, wenn ihr Eigentumsrechte und Gewinnchancen garantiert werden. Das setzt voraus, daß ein großer Teil der Produktionsmittel in Privathand übergeht. Es setzt voraus, daß sich in Sowjetrußland von neuem Privatkapital in größerem Maßstabe ansammelt. Kapital bedeutet Macht. Wirtschaftliche zunächst und dann auch politische, da in einem modernen Staatsgetriebe Politik und Wirtschaft eng miteinander verknüpft sind, wobei die Wirtschaft oft als der mächtigere Faktor aus dem Kampfe hervorgeht. Mit dieser Macht wird die Sowjetregierung rechnen müssen. Die wirtschaftlichen Konzessionen, die sie bereits gewährt, sind letzten Endes in hohem Grade politische Zugeständnisse. Der Kapitalist, der heute nach Rußland geht, wird von der Sowjetregierung nicht angetastet werden, oder er zieht sich wieder zurück und Sowjetrußland geht zugrunde. Gegen diese Gruppe kann sich die Diktatur künftig also nicht mehr richten. Sie kann es um so weniger, je weiter die Wiederaufbauarbeiten in Rußland fortschreiten. Damit wird Lenin auf den Weg gedrängt, den jeder Despotismus zu gehen pflegt. Wirtschaftsdemokratie, auf der Basis des politischen Despotismus, führt stets zu kapitalistischer Oligarchie. Die proletarische Diktatur, die seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Experiments ein Schemen geworden ist, muß notwendig mit der fortschreitenden Macht des Privatkapitalismus noch mehr als bisher zu einer Diktatur gegen das Proletariat werden.

Das ist der Hintergrund, auf dem sich der Kampf zwischen der Sowjetdespotie auf der einen und den Menschewiki und Sozialrevolutionären auf der anderen Seite abspielt, und diesen Hintergrund muß man bei dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, der am 1. Juni in Moskau beginnen soll, im Auge behalten. Unter Anklage standen ursprünglich 47 Sozialrevolutionäre, die Verhandlungen sollten am 23. Mai vor dem revolutionären Tribunal ihren Anfang nehmen. Die Grundlage für die Anklage gab die Broschüre eines gewissen Samjonof-Wassiljef und die Aussagen seiner Freundin Lydia Konopljowa, die beide aus der Sozialrevolutionären Partei wegen Unlauterkeit ausgeschlossen wurden und seit mehr als zwei Jahren im Dienst der bekannten sowjetrussischen politischen Polizei (Tsche-ka) stehen. In der Broschüre werden die Angeklagten dafür verantwortlich gemacht, daß im Jahre 1918 gegen bekannte Führer des Bolschewismus mit terroristischen Mitteln vorgegangen wurde. Die Art, wie die Sowjetregierung auf diese vagen Aussagen hin sich anschickte, den Beschuldigten den Prozeß zu machen, löste bei den Sozialisten, Gewerkschaften und zum Teil sogar Kommunisten aller Länder eine derartige Empörung aus, daß sich die Sowjetregierung genötigt sah, den Termin zu verlegen und als Verteidiger Vertreter der Zweiten und der Wiener Internationale zuzulassen. In der Zwischenzeit wurde

die Zahl der Angeklagten von 47 auf 22 herabgesetzt, da sich bei den übrigen die Verdächtigungen von vornherein als aus der Luft gegriffen erwiesen.

Die 22 Sozialrevolutionäre, die am 1. Juni auf der Anklagebank sitzen, sind zum größten Teil Sozialisten, die im Kampf gegen den Kapitalismus und Zarismus ergraut sind. Viele von ihnen haben Jahre in den russischen Gefängnissen und Kerkern oder in der Verbannung verbracht.

Notwendig scheint es uns, schon jetzt auf den Gefahrenherd hinzuweisen, den der Prozeß in sich birgt. Die angeblichen Tatsachen liegen drei Jahre zurück. Sie mußten der Sowjetregierung, wenn ihr etwas daran lag, auch schon vorher bekannt sein. Weswegen fühlt sich die Sowjetregierung bemüßigt, gerade in dem Augenblick, in dem sie den Kapitalismus ins Land ruft, das Gerichtsverfahren einzuleiten? Warum soll die Anklageschrift erst 48 Stunden vor dem Beginn des Prozesses in die Hände der Verteidiger gelangen? Wenn nicht nach den Grundsätzen der strengsten Gerechtigkeit verfahren wird, liegt der Verdacht nahe, daß es der Sowjetregierung weniger auf die Sühne verjährter Vergehen als auf einen Nackenstreich gegen die sozialrevolutionäre Partei ankommt. In den Kreisen der Sozialrevolutionäre empfindet man bereits heute so. Die Erbitterung über die jahrelange Unterdrückung und Mißachtung ist groß. Sie könnte sich in Verzweiflungsakten Luft machen, wenn man die Partei ohne zwingenden Grund eines Stammes ihrer besten Führer beraubt.

Auf die Sowjetregierung fiele ein Teil der Verantwortung, wenn Ereignisse einträten, die jede Wiederaufbauarbeit von neuem erschüttern müßten. Die Sowjetregierung kann als solche sicherlich kein Treiben dulden, das sich gegen den Bestand des Sowjetstaates richtet. Einen gewaltsamen Umsturz in Rußland würden auch wir für verhängnisvoll halten. Aber Pflicht der Sowjetregierung ist es, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Staatsbürger nicht durch eine unverantwortliche Beschränkung der geistigen Freiheit und der persönlichen Rechte zum äußersten getrieben werden. Gewalt ist nicht immer das klügste Mittel. Wenn Rußland eins nottut, so ist es der Friede und die Hebung der allgemeinen Schaffensfreudigkeit. Auswärtiges Kapital allein genügt nicht, um Sowjetrußland wieder aufzubauen. Realpolitik muß auch mit den psychischen Voraussetzungen des Menschen rechnen. Insofern wird der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre ein Prüfstein für Sowjetrußland sein.

*

Reval, 24. Mai. (Ruß Preß.) Bei der Eröffnung der Konferenz des Allrussischen zentralen Exekutivkomitees erstattete der Vorsitzende desselben, Kalinin, einen Bericht über die Hungerkatastrophe. Er teilte u. a. mit, daß die Zahl der in den Wolga-Gouvernements Hungernden sich auf Grund amtlicher Zusammenstellung auf 17 060 183 Personen beläuft. Seit Beginn der Hungersnot bis zum 1. Mai sind aus dem Hungergebiet 804 000 Personen nach den anderen Gouvernements geschafft worden, darunter 84 000 Kinder.

Allerhand Nachrufe.

Neunerkommission und Genua.

Die Delegationen der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der 3. Internationale in der letzten Sitzung der Neunerkommission veröffentlichen in ihrer Presse lange Aufrufe, in denen sie zu der Sprengung dieser Kommission Stellung nehmen. Der Aufruf der Wiener stellt, nach unvermeidlichen Seitenhieben auf die „Rechtssozialisten" das Verschulden der Moskauer fest, denen die Parole der „Einheitsfront" nur ein Mittel zum Zweck gewesen sei. Dazu schreibt Crispien einen Artikel, in dem er, ausgehend von den Genueser Verhandlungen, einen zwischen Bolschewisten und Kapitalisten geschlossenen Burgfrieden konstatiert. Das Ergebnis sei: „Einstellung des revolutionären Kampfes auf der ganzen Linie und Anbahnung von Arbeitsgemeinschaften mit den Kapitalisten".

Die Moskauer geben die neue Parole aus: „Es lebe der Kampf um die Einheitsfront von unten auf", womit gesagt ist, daß in dem Bestreben fortgefahren wird, in der Arbeiterbewegung das oberste zu unterst zu kehren. Zugleich veröffentlicht das Exekutivkomitee der 3. Internationale einen zweiten spaltenlangen Aufruf über Genua, worin unter anderem prophezeit wird: „Deutschland wird eine Sowjetrepublik werden." Außerdem wird gesagt, daß die Sowjetdelegation „die Zukunft der Menschheit repräsentiert" (eine schöne Zukunft!) und daß die 3. Internationale die Totengräberin der bürgerlichen Gesellschaft sei. Die Arbeiter Frankreichs sollen „die Regierung Barthou" (?) stürzen. Was Deutschland betrifft, so wird den Sozialdemokraten ein stürmisches „Nieder!" dargebracht. Nach weiteren Rezepten für die englischen und die japanischen Arbeiter wendet sich der Aufruf an das russische Militär mit der Aufforderung: „Behütet wie den Augapfel eure Sowjetregierung!" — Gott schütze den Zar!

Das Ganze ist ein kindisches Machwerk, das offenbar dazu bestimmt ist, analphabetischen Rotgardisten vorgelesen zu werden, die keinen Widerspruch wagen dürfen. In Europa wird das wunderliche Schriftstück überall, bis in die Kreise der Kommunisten hinein, nur mit Spott aufgenommen werden. Möglicherweise wird der Aufruf auch Anlaß zu diplomatischen Weiterungen geben, da sein Inhalt mit dem Genueser Burgfriedenspakt stellenweise nicht ganz vereinbar ist.

Aber das hieße wohl, ihm eine übertriebene Bedeutung beimessen! Es handelt sich doch schließlich nur um eine Wortkanonade zur Deckung des Rückzugs, den man in Genua angetreten hat und im Haag fortzusetzen gedenkt.

Kleinkampf in der USP.

In einer Versammlung der Berliner USP.-Funktionäre am letzten Dienstag wurden vervielfältigte Zirkulare verbreitet, in denen die Wirksamkeit der neuen „Freiheit"-Redaktion ironisch glossiert wird. Der Redner des Abends, Dittmann, wandte sich scharf gegen solche „Beweise parteigenössischen Edelmuts" und gegen die „organisierte Stänkerei". In der Versammlung sprachen dann noch fünf Redner, die sich, laut Bericht der „Freiheit", sämtlich im Sinne des Referenten aussprachen.

Der Bericht muß Verwunderung erregen. Wenn es wahr ist, daß anonyme Zettel verbreitet wurden und daß dann niemand den Mut hatte, öffentlich im Sinn der Opposition zu reden, so wird man solche Methoden nicht billigen können. In der USP. bestehen tiefe Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Zeit wiederholt in vertraulichen Konferenzen zum Ausdruck gekommen sind, und namentlich waren es die Gewerkschaftsfunktionäre, die zu erheblichem Teil gegen die offizielle Parteipolitik entschieden auftraten. Diesen Konferenzen ließ man jetzt eine Art von Katholikentag folgen, über den die „Freiheit" so berichten kann, als ob die Partei, abgesehen von ein paar „organisierten Stänkern", geschlossen hinter der Parteileitung und der neuen „Freiheit"-Redaktion stände. Eine solche Darstellung gibt aber von den Zuständen, wie sie in der USP. bestehen, ein irreführendes Bild, das weder für die Partei als solche noch für die Opposition besonders schmeichelhaft ist.

Der Vorgang in der Dittmann-Versammlung ist symptomatisch. Traut sich die USP. nicht mehr die Kraft zu, ihre inneren Gegensätze mit aller Aufrichtigkeit öffentlich auszutragen, dann wird sie in widerlichem persönlichem Krakeel zugrunde gehen.

Staatshilfe für Beamtenwitwen. Der Finanzminister weist darauf hin, daß künftig keine grundsätzlichen Bedenken dagegen zu erheben seien, auch den Witwen von solchen Beamten, die erst nach der Versetzung in den Ruhestand die Ehe geschlossen haben, im Falle der Bedürftigkeit einmalige oder laufende Unterstützungen aus Staatsmitteln zu gewähren. Doch dürfen diese Unterstützungen nicht etwa regelmäßig und in Höhe des den Witwen gesetzlich nicht zustehenden Witwengeldes gewährt werden. Anträge auf Bewilligung von Unterstützungen der in Rede stehenden Art sind mit gutachtlichem Bericht dem Finanzministerium vorzulegen.

Sozialdemokratische Warnung.

Scharfer Kampf gegen den ostpreußischen Monarchistenrummel.

Königsberg, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Stadtverordnetensitzungssaal zu Königsberg tagte heute in Anwesenheit des preußischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun, des Parteivorstandsmitgliedes Genossen Adolf Braun und der ostpreußischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten der ostpreußische Bezirksparteitag der SPD. Er war von besonderer Bedeutung durch die scharfe Stellungnahme gegen den immer noch bestehenden, mit Waffen versehenen monarchistischen Heimatsbund und der im Entstehen begriffenen Stahlhelmorganisation. Der Parteitag nahm zu dieser Frage folgende Resolution an:

> Die politische Lage Ostpreußens verlangt die größte Aufmerksamkeit aller überzeugten Republikaner. Im Interesse der Reichseinheit haben Reichs- und Staatsregierung die Pflicht, alle die Reichseinheit bedrohenden Bestrebungen der monarchistischen Parteien auf das genaueste zu beobachten und erforderlichenfalls zum Schutze der Republik einzugreifen. Desgleichen verlangt der Parteitag strengste Ermittlung der noch
> **im Besitze des Heimatbundes und der reaktionären Grundbesitzer befindlichen Waffenlager.**
>
> Gegenüber der nationalistischen Propaganda, die mit allen Mitteln und auch mit der Person Hindenburgs in diesen Tagen getrieben wird, wird im Interesse der Republik eine scharf ablehnende Haltung beider Regierungen verlangt. Die Parteimitglieder werden aufgefordert, den reaktionären Veranstaltungen und dem in den nächsten Tagen beginnenden Hindenburg-Rummel nicht nur fernzubleiben, sondern in schärfster Agitation jeden wahrhaften Republikaner davon abzuhalten.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die in Ostpreußen immer noch in reaktionären Händen sich befindenden Waffenmengen beschlagnahmt und — vernichtet werden, daß die Organisation der früheren Ortswehren aufgelöst und die bei jedem Landratsamt noch immer amtlich tätigen militärischen Kreisräte (frühere Offiziere) entlassen werden.

Genosse Dr. Adolf Braun hielt ein eindringliches Referat über die inneren und äußeren Schwierigkeiten der deutschen Republik, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Parteitag schloß mit einem Treuebekenntnis zur Republik und zur Sozialdemokratie.

Der bayerische Kirchenstaat.

Keine Trennung von Kirche und Staat.

Der bayerische Kultusminister Dr. Matt teilte im Landtag mit, daß mit einem baldigen Abschluß der Verhandlungen zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl über das Konkordat gerechnet werden könne. Der Redner der Bayerischen Volkspartei erklärte, daß von diesem Abschluß die Integrität und Souveränität des bayerischen Staates mit abhänge.

Ein Prozeß gegen Stinnes.

London, 24. Mai. (Reuter.) Der deutsch-englische gemischte Schiedsgerichtshof behandelte heute den Fall des Bergwerksingenieurs Arnold Lupton, der gegen Hugo Stinnes eine Forderung von 2000 Pfund Sterling nebst 5 Proz. Zinsen vom Oktober 1913 aus der Vermittlung der Pachtung eines Kohlenfeldes in Nottinghamshire für Stinnes erhoben hatte. Durch einen Brief vom Juni 1913 hatte Stinnes Lupton 2000 Pfund Sterling für den Fall zugesagt, daß er das Geschäft vermittelte. Der Gerichtshof fand, daß Lupton mit Erfolg als Vermittler in der Pachtangelegenheit tätig gewesen sei, die zu der Bildung der Vereinigten Nördlichen Bergwerksgesellschaft durch Stinnes geführt habe und sprach Lupton 2000 Pfund Sterling nebst den geforderten Zinsen sowie Ersatz der Kosten in Höhe von 50 Pfund Sterling zu.

Die Verfassung der Ostmark. Der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages beendete am Dienstag die erste Lesung des Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark.

Volksbelustigungen der Woche.

Von Hans Klabautermann.

In der vorigen Woche ist die Konferenz von Genua zu Ende gegangen. Zweifler und Leute, die dank ihrer gewaltigen Kenntnislosigkeit und bewunderungswürdigen Begriffsverwirrung*) den Ruf politischer Sachverständiger genießen, behaupten, sie sei an Ergebnislosigkeit gestorben, andere wieder meinen, sie sei wegen Mangels an Beweisen zu einem Monat Konferenz im Haag verurteilt worden. Die Veranlassung zu dieser negativen Auffassung hat vor allem das Verhalten der deutschen Delegation gegeben, die in Genua nicht das von deutschen Regierungsvertretern aus der kaiserlichen Zeit gewohnte Maß von stolzer Halsstarrigkeit und Unbelehrbarkeit gezeigt hat und die daher zu einer Annäherung an die ehemals feindlichen Mächte gekommen ist. In seinem Schlußwort sagte sogar Barthou über die Rede Rathenaus, er bestreite ihre Aufrichtigkeit nicht und habe an ihrer Feinheit und Klugheit Geschmack gefunden. Und Lloyd George pries als Ergebnis der Konferenz den Entschluß, unter den kriegerischen Nationen Friedenszustand zu schaffen. Wir haben dem Frieden versuchsweise eine Gaststätte an unsern heimischen Herden bereitet, so drückte er sich aus, und uns dem Szepter des Friedens in Ehrfurcht gebeugt und dem Frieden gehuldigt. So was können Menschen nicht als positives Ergebnis ansehen, die, groß geworden in der edlen Kunst des Speichelleckens, lieber Fürsten von Gottes Gnaden huldigen. Wenn Lloyd George weiter behauptete, alle Arten von gutem Wetter sind nötig für eine gute Ernte, so zeigt er damit, daß er von der Landwirtschaft nichts versteht.

Gerade das Gegenteil ist richtig. Es muß heißen: Alle Arten von Wetter machen eine schlechte Ernte. Es gibt keinen ernst zu nehmenden Landmann, der jemals mit dem Wetter zufrieden wäre. Das haben wir erst wieder in diesen Tagen bei den Besprechungen über die Butterteuerung gesehen. Die Landwirte meinten, der hohe Preis rühre von der Butterknappheit und diese von den abnormen Witterungsverhältnissen her. Ganz übersehen haben sie dabei, daß die Kühe neuerdings den Kurszettel lesen und, wenn der Dollar steigt, die Milch nur gegen erhöhte Gebühr ausschenken. So eingedrungen in die ländlichen Verhältnisse ist natürlich nicht jeder, und daher ist es durchaus verständlich, wenn im Deutschen Bauerntag in Ulm für Getreide und Kartoffeln grundsätzlich und vorbehaltlos die freie Wirtschaft gefordert wurde, die ja für die bäuerlichen Geldtaschen nicht ohne Gefahr ist, da durch ihr Platzen unermeßlicher Schaden entstehen kann. Der Präsident der Deutschen Bauernvereine ist ein Freiherr von Kerckerink zu Borg. Schon in dem Namen prägt sich die Zielbewußtheit der Agrarkreise aus. In der von der Regierung beabsichtigten Zwangsanleihe haben sie ein Haar gefunden. Dem Staat wollen sie möglichst nichts borgen, dagegen wäre es ihnen nicht unangenehm, wenn die Pariser Anleiheverhandlungen zu einem Ergebnis führten, damit der Staat ihnen was borgen kann. Man könnte dies Verfahren dann Hilfswerk der Landwirtschaft nennen.

Die im Reichsrat genehmigte Erhöhung der Postgebühren fällt weniger ins Gewicht, da wir bald keine Briefe mehr schreiben und vor dem Telephonieren sowieso Angst haben. Bemerkenswerter für unsere heutigen Kulturanschauungen ist eine Fehde, die neulich in der Pfälzer Kreisstadt Annweiler ausgetragen worden ist. Ein in Amerika wohlhabend gewordener Pfälzer stiftete unter anderem 70 000 M. zur Errichtung eines Denkmals für die Annweilerschen Opfer des Weltkrieges. Es sollte die Inschrift tragen:

Den Opfern 1914/18.
„Nie wieder Krieg!"

Damit war aber ein Kommerzienrat Ullrich nicht einverstanden, dessen Sohn ebenfalls zu diesen Opfern gehört. Er drohte damit, von einer Zeichnung für das Denkmal abzusehen, und ersuchte, den Namen seines gefallenen Sohnes von dem Denkmal wegzulassen, wenn der Wunsch, nie wieder Krieg, nicht aus der Inschrift entfernt würde. Er hat also nicht genug Krieg gehabt!

Weit mehr erregt indessen eine wuchtige Tatsache die Gemüter der Deutschen, die sich durch innige Anteilnahme an den Ereignissen der Weltgeschichte und an der Politik von jeher ausgezeichnet haben: Der Lunapark ist eröffnet. Damit ist dem über uns hereingebrochenen Frühling erst die eigentliche Existenzberechtigung gegeben. In diesem Park erholen sich die naturbegeisterten Berliner mit und ohne Valuta lieber von des Tages Last und Mühen als im grünenden Tiergarten und atmen die markige Brise aus den Gestaden des wogenden Halensees. Hier wie nirgendwo sind sie durch Zahlung einer beträchtlichen Gebühr in der angenehmen Lage, ihre zuschauenden und nichtzahlenden Mitmenschen wirksam erheitern zu dürfen, indem sie sich mit Stolpern über die Foxtrott-Treppe ungeschickt erweisen oder im Wackeltopp ihre Därme zerwürfeln und ihre Gehirnwindungen sich verschlingen lassen.

Die Friedensbotschaft der Duchoborzen. Die Sekte der Duchoborzen, die wegen der furchtbaren Unterdrückung im alten Zarenreich nach Kanada auswanderte, verfolgt mit tiefem Mitgefühl die elenden Zustände in der alten Heimat. Freilich nehmen die Duchoborzen, ihrer ganzen Weltanschauung nach, zu diesen Dingen eine besondere Stellung ein, wie die Schilderung eines Besuches bei ihnen durch Stephen Graham beweist.

Graham hat mit den Duchoborzen lange Unterhaltungen über den Bolschewismus geführt. Die meisten von ihnen sagten: „Diejenigen, die reicher sind in Rußland, sollen denen geben, die ärmer sind. Es ist dort genug Boden da." Sie haben von dem grausigen Zusammenbruch des heutigen Rußland keine rechte Vorstellung, aber sie schreiben das ganze Unglück der kriegerischen Gesinnung der Sowjets zu, wie es ja bei diesen fanatischen Friedensfreunden natürlich ist. Diese Anschauungen äußerten sich in einer merkwürdigen Zeremonie, die sie veranstalteten. Sie zogen bei allen ihren ruthenischen und galizischen Nachbarn herum und nahmen ihnen fort, was sie an Waffen oder Kriegstrophäen fanden. Diese Dinge stapelten sie zu einem großen Haufen zusammen und verbrannten sie. Dann schickten sie eine drahtlose Botschaft an die Russen, in der sie diese symbolische Handlung beschrieben und die Mahnung hinzufügten: „Tut ebenso, legt Eure Waffen nieder, verbrennt Eure Gewehre, kehrt zur Arbeit zurück! Dann werdet Ihr auch wieder zu essen haben."

Der mißglückte Atlantik-Flug. Die beiden Portugiesen Major Sacudara und Hauptmann Coutinho, die am 30. März von Lissabon zur Durchquerung des Atlantischen Ozeans im Flugzeuge aufgebrochen sind, wurden abermals von einem Mißgeschick betroffen. Nachdem ihr erstes Flugzeug, ein kleiner Apparat, bei der Landung in St. Paul zerschellt war, ist jetzt auch ihr zweiter Apparat beim Niedergehen auf dem Meere, nicht allzuweit vom Ziele, zerschmettert worden. Nach dem Zwischenfall in St. Paul war den Fliegern von der portugiesischen Regierung ein Ersatzapparat zur Verfügung gestellt worden, mit dem dann der Weiterflug unternommen wurde. Immerhin muß die Leistung der beiden Flieger, selbst wenn ihnen die Erreichung des letzten Zieles versagt blieb, Beachtung beanspruchen, denn die Ueberquerung der Hauptstrecke, des eigentlichen Ozeangebiets, ist ihnen gelungen. Im ganzen waren auf der Strecke, die die Flieger zurücklassen sollten, vier Zwischenlandungen vorgesehen: die Kanarischen Inseln, die Cap Verdischen Inseln, die Insel St. Paul und die Insel Fernando di Rovonha. Der jetzige Unfall hat sich auf der Strecke zwischen St. Paul und Fernando di Rovonha zugetragen. Diese Insel liegt nur noch 600 Kilometer von Pernambuko entfernt; mehr als 5000 Kilometer hatten die Portugiesen bereits hinter sich gebracht. Daß abermals ein Ersatzflugzeug herbeigeschafft wird, um den Flug zu Ende zu führen, ist kaum anzunehmen. Es ist dies recht bedauerlich, weil die erste bisher durchgeführte Ueberquerung des Atlantischen Ozeans vor drei Jahren auf einer erheblich schmaleren Strecke unternommen wurde. Es war dies das Unternehmen der Engländer Brown und Alcock, die im Mai 1919 von Cap Race in Neu-Fundland nach Valentia in Irland flogen, eine Strecke von etwa 3600 Kilometern, während von den Portugiesen rund 8000 Kilometer zurückgelegt werden sollten.

Im Deutschen Opernhaus eröffnet Sonnabend Tino Pattiera von der Dresdener Staatsoper sein Gastspiel als Don José in „Carmen". Sonntag tritt er in Gounods „Margarethe" als (Sigismondo Saleschi — Mephisto) auf.

Bühnenchronik. Die Direktion des Deutschen Theaters hat Arnold Bronnens „Vatermord", den die „Junge Bühne" zuerst herausbrachte, zur Aufführung in den Kammerspielen erworben.

Ludwig Hartau wurde ab 1. September für einen Teil der nächsten Spielzeit an die Rotter-Bühnen verpflichtet.

Die neuen Werke von Kandinsky bleiben in der Galerie Schöneberger Ufer 36a bis zum 15. Juni zu sehen.

*) Staatsminister a. D. Helfferich hat soeben eine Broschüre herausgebracht, in der er ein gewissenhaft zusammengetragenes statistisches Material mit geschickter und altbewährter Hand benutzt, zu falschen Schlußfolgerungen zu gelangen, und über Erfüllungspolitik und Irrsinn sein sachmännisches Urteil abgibt.

Väter und Mütter! Denkt an Eure Kinder!

Sonntag, den 28. Mai: Elternbeiratswahlen.

Rathenau über die Sanktionsfrage.

Köln, 25. Mai. (WTB.) Der Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung" hat nach der Veröffentlichung des Briefwechsels Kloß-Poincaré über die Sanktionsfrage Gelegenheit genommen, den deutschen Reichsminister des Aeußeren Dr. Rathenau über seine Auffassung in der Sanktionsangelegenheit zu befragen. Reichsminister Dr. Rathenau äußerte sich in folgendem Sinne:

Aus der Schlußwendung des § 18 der zweiten Anlage im Wiederherstellungskapitel des Versailler Vertrages will Frankreich das Recht herleiten, gegebenenfalls über die Rheinlande hinaus weiteres deutsches Gebiet zu besetzen. Die Gebietsbesetzung ist die denkbar schärfste Maßnahme, die einem Staat gegenüber ergriffen werden kann. Es wäre geradezu ungeheuerlich, wenn der Versailler Vertrag den Alliierten das Recht zu dieser äußersten Maßnahme in einer kurzen Nebenbemerkung und ohne ausdrückliche Erwähnung hätte einräumen wollen, nachdem er an erster Stelle die weit minder eingreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßregeln besonders aufgeführt hat. Es wäre um so ungeheuerlicher, als dabei keinerlei Einschränkung hinsichtlich der Größe des zu besetzenden Gebietes gemacht wird, so daß die französische Interpretation letzten Endes auf die Behauptung hinausläuft, Deutschland habe den Alliierten durch die Unterzeichnung des § 18 eine

Blankovollmacht für die Besetzung seines ganzen Gebietes

geboten. Daß das nicht die Absicht des Versailler Vertrages war, wird aber glücklicherweise durch den Vertrag selbst außer Zweifel gestellt. Er widmet der Frage der Sicherung der deutschen Vertragserfüllung durch die Besetzung deutschen Gebietes einen besonderen Abschnitt, nämlich die Artikel 428—432, die gerade auch den Einfluß einer Verletzung der Wiederherstellungsverpflichtungen auf die Gebietsbesetzung ausdrücklich regeln. **Keiner der Artikel 428 bis 432 gibt den Verbündeten das Recht, deutsches Gebiet rechts des Rheins neu zu besetzen.** Ich glaube nicht, zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß es einfach wahnsinnig wäre anzunehmen, daß die in dem § 18 aufgenommene allgemeine Schlußwendung eine über die so konkreten Bestimmungen hinausgehende Gebietsbesetzung rechtfertigen sollte. Jeder vorurteilslose Leser des Vertrages wird ohne weiteres erkennen, daß in jener Schlußwendung nur Maßnahmen gemeint sein können, die den vorgenannten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen ihrem Wesen und ihrer Bedeutung nach gleichzustellen sind.

Da also der Versailler Vertrag ein Recht zur Besetzung rechtsrheinischen Gebiets überhaupt nicht gibt, braucht die zweite Frage, ob zu einer solchen Besetzung das

Einverständnis der Alliierten

nötig wäre, an sich nicht mehr erörtert zu werden. Ich bin aber der Ansicht, daß der Versailler Vertrag auch in dieser Hinsicht mit dem in dem Briefwechsel festgelegten Standpunkt der französischen Regierung nicht vereinbar ist, selbst wenn man die französische Auffassung vom Besetzungsrecht linksrheinischen Gebietes zugrunde legt. Offenbar stützt sich der Anspruch Frankreichs auf ein selbständiges Vorgehen auf die in der Schlußwendung gebrauchte Wendung „die respektiven Regierungen" (les gouvernements respectifs). Ich brauche mich zur Widerlegung nicht auf philosophische Diskussionen einzulassen, denn die Frage wird durch den ganzen Aufbau des Reparationssystems eindeutig beantwortet. **Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen,** sie hat sich vielmehr an den Wiederherstellungsausschuß zu wenden, der in allen seinen Beschlüssen an genaue Bestimmungen und Regeln gebunden ist. Ebensowenig wie aber die einzelnen Mächte unmittelbar Wiederherstellungsansprüche gegen Deutschland erheben können, können sie auch für sich allein Zwangsmaßnahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen. Auch der in dem Briefwechsel selbst erwähnte Paragraph 17 spricht durchaus

gegen die französische Auslegung.

Nach diesem Paragraphen hat die Wiederherstellungskommission den einzelnen beteiligten Mächten Vorschläge für die im Falle der Nichterfüllung zu treffenden Maßnahmen zu machen. Die Wiederherstellungskommission selbst verfügt naturgemäß über keine Mittel zur Erzwingung deutscher Leistungen. Solche Mittel haben nur die von ihr vertretenen Mächte. Da aber die Vorschläge für die Wahl dieser Mittel von gemeinsamen Organen ausgehen, kann auch die Anwendung der Mittel nur von den beteiligten Mächten gemeinsam beschlossen werden. Wollte eine Macht für sich und ohne Verständigung mit den Alliierten vorgehen, so würde sie das große Wiederherstellungssystem durchbrechen. Ich kann nicht glauben, daß Frankreich ernstlich daran denkt, sich über die klare Rechtslage einfach hinwegzusetzen. Zunächst hängen ja, wie auch Herr Poincaré nicht bestreiten wird, derartige Schritte davon ab, daß die Wiederherstellungskommission eine vorsätzliche Verletzung der Wiederherstellungsverpflichtungen durch Deutschland konstatiert. Daß diese Voraussetzung verwirklicht werden könnte, liegt für mich außer dem Bereich der Möglichkeit. Ich halte aber die Tatsache für bedauerlich, daß an demselben Tage, wo in der Schlußsitzung der Konferenz von Genua der französische Delegierte den Friedenswillen Frankreichs bis zum äußersten betonte, in Frankreich öffentlich das Recht zu militärischen Gewaltmaßnahmen proklamiert worden ist. Diese Tatsache zeigt, wie weit wir von dem Geist des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens, dessen Festigung die eigentliche Aufgabe der Genueser Konferenz sein sollte, auch jetzt entfernt sind.

Eine 200-Millionen-Pfund-Anleihe?

London, 24. Mai. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard" schreibt: **Pierpont Morgan sei vor seiner Abreise aus London mit Vertretern von führenden britischen Banken zusammengekommen und habe die Gelegenheit benutzt, um auseinanderzusehen, was die Vereinigten Staaten vielleicht zu tun in der Lage seien. Es werde mitgeteilt, daß für den Fall der Ausgabe einer Anleihe die Vereinigten Staaten in der Lage sein werden, ungefähr 200 Millionen Pfund Sterling zu mobilisieren. Dem Berichterstatter zufolge soll sehr guter Grund zu der Annahme vorhanden sein, daß Morgan hoffe und erwarte, die internationale Anleihe zustande zu bringen.**

Ein Reparationsplan Vanderlips.

Paris, 25. Mai. (WTB.) „Oeuvre" glaubt zu wissen, daß die alliierten Regierungen mit einem vom amerikanischen Bankier Vanderlip stammenden Plan einer für die Reparationen zu verwendenden internationalen Anleihe befaßt worden seien. Es verlaute, daß das Projekt erwägenswert sei und wahrscheinlich dem in Paris tagenden Anleiheausschuß unterbreitet werde.

Abschied der Wiener Sänger.

Die Deutschlandfahrt der Wiener Sänger fand am Himmelfahrtstage durch ein Freikonzert, das sie gemeinsam mit ihren Berliner Sangesbrüdern im Lustgarten gaben und das vom schönsten Wetter begünstigt wurde, einen würdigen Abschluß. Im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommenen Gesangsvorträge sprachen von mehreren Stellen im Lustgarten der Präsident des Reichstages, Genosse Loebe, der frühere Reichskanzler Fehrenbach, sowie die Abgeordneten v. Kemnitz und Heile über „Deutschösterreich und wir".

Genosse Loebe hob dabei hervor, daß er schon seit Jahren an der Spitze völkerversöhnender Bewegungen stehe und daß auch die zum Abschluß der Wiener Sängerfahrt veranstaltete Kundgebung keinen agressiven Charakter habe, da der Vertrag von Versailles ausdrücklich zuläßt, daß Oesterreich und Deutschland sich in Uebereinstimmung mit dem Völkerbund vereinigen. Dieser Tag solle durch Pflege der Kultur und Stammesgemeinschaft, durch Beseitigung der Paß- und Visumschikanen, Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens und der Fahrpläne der beiden Länder und schließlich durch Anpassung des Schul- und Erziehungswesens vorbereitet werden.

Das herrliche Wetter hatte viele Tausende von Berlinern herbeigelockt. Schon lange vor der für den Beginn der Veranstaltung festgesetzten Stunde war der weite Platz zwischen Schloß, Altem Museum und Dom von einer unübersehbaren Menge gefüllt, die trotz drückender Schwüle erwartungsvoll und geduldig den in Aussicht stehenden musikalischen Genüssen entgegenharrte. Der Arbeiter-Samariterbund (Ortsgruppe Berlin-Mitte) fand bei vielen Ohnmachtsfällen Gelegenheit zu wirksamer Hilfe, die allenthalben dankbar anerkannt wurde. Kurz vor 12 Uhr rückten die Sänger Wiens und Berlins in langem Zuge an und nahmen auf der großen Freitreppe des Alten Museums Aufstellung. Auf dem ganzen Wege waren namentlich die Wiener Sänger Gegenstand stürmischer Ovationen.

Unmittelbar nach 12 Uhr gab ein Fanfarensignal das Zeichen zum Beginn des Konzerts. Den Reigen der musikalischen Darbietungen eröffneten die Wiener Sänger unter Leitung ihres Dirigenten mit dem Vortrage der „Tiroler Nachtwache" und des Liedes „Es braust durchs Land ein hehres Lied". Stürmischer, langanhaltender Beifall der vielen Tausende dankte den Wiener Gästen für den gebotenen hervorragenden musikalischen Genuß. Dann folgten die erwähnten Ansprachen. Den Abschluß bildeten wiederum mit großer Begeisterung aufgenommene gesangliche Vorträge der Wiener und Berliner Sänger. In geschlossenem Zuge rückte die etwa 1000 Köpfe zählende Sängerschar unter lebhaften Abschiedsworten der Menge ab.

Das Ende der Zuckernot?

Das Pfund Auslandzucker 18 bis 19 Mark.

Die seit Monaten andauernde Zuckerknappheit soll nun angeblich behoben werden. In den letzten Tagen sollen in Hamburg sehr erhebliche Mengen Auslandzucker eingetroffen sein. Ein großer Teil der Ware soll von Hamburg bereits nach dem Hinterland abtransportiert worden sein, so daß man damit rechnen könne, daß in etwa 8 Tagen der Verkauf des Auslandzuckers einsetzen werde. Die Preise für amerikanischen Zucker stellten sich in Hamburg auf 15,25 bis 15,75 M. Selbst unter Zurechnung der Lagerspesen, der Transportkosten, des Mindergewichtes und der Verdienstspannen dürfte der Auslandzucker sich auf etwa 18 bis 19 M. stellen. Der Auslandzucker ist im allgemeinen an der dunkleren Tönung kenntlich, so daß, wenigstens für den Fachmann, der Unterschied zwischen wirklicher Auslandware und dem schon in diesen Tagen wieder auftauchenden Inlandzucker, der plötzlich allerdings unter amerikanischer oder tschechoslowakischer Flagge segelt, einigermaßen kenntlich ist. Die Anlieferungen aus der Tschechoslowakei haben ebenfalls eingesetzt, doch halten die dortigen Lieferanten, offenbar aus Konkurrenzrücksichten, sehr zurück und liefern vorderhand nur Bruchteile der verlangten Quantitäten.

Der Mann aus Sing-Sing.

Ein raffinierter Betrugsversuch, durch den der Staat um 67½ Millionen Mark geschädigt werden sollte, führte den vielfach wegen Betruges, Urkundenfälschung, Erpressung, Kuppelei usw. vorbestraften „Kaufmann" Rudolf Frey alias Dr. med. Gerhard Schilling vor die Strafkammer des Landgerichts I.

Der Angeklagte war vor dem Kriege, nachdem er die Luft in den deutschen Gefängnissen für zu ungesund erkannt hatte, über den großen Teich gegangen und will hier auf einer „University" die Approbation zum praktischen Arzt und den „Dr. med." erlangt haben. Nachdem er angeblich längere Zeit in Amerika interniert gewesen war, tauchte er plötzlich als „Dr. med. Gerhard Schilling" in Berlin auf, erhielt auch als willkommener Gast aus Amerika sofort im Westen eine Wohnung und praktizierte nun als angeblicher Arzt drauflos. Nachdem er das „Rote Kreuz" gehörig geneppt hatte, meldete er bei der Abfindungsstelle beim Reichsfinanzministerium einen ihm angeblich in Amerika durch Verlust seiner Habe und seiner gutgehenden Praxis entstandenen Schaden von 225 000 Dollar an. Er hatte jedoch nicht damit gerechnet, daß die Justizbehörden der ehemals feindlichen Staaten schon wieder funktionierten und die Staatsanwaltschaft wußte, daß er in Amerika wegen aller möglicher Schwindeleien und Meineids im Sing-Sing (Zuchthaus) gesessen hatte. — Vor Gericht berief sich Frey auf angeblich echte Dokumente, die die Richtigkeit seiner Angaben beweisen sollen. Das Gericht mußte deshalb die Hinzuziehung eines Dolmetschers beschließen, der diese Urkunden vorher übersetzen soll.

Das erste Erholungsheim der Deutschen Volkserholungsheim-Gesellschaft wurde am Sonntag in Zossen eingeweiht.

Explodierte Munitionsdepots.

Am Himmelfahrtstage brach im Munitionsdepot in Blumau (Baden) Feuer aus. Infolge Wassermangels konnte der Brand nicht gelöscht werden und griff auf die Anstalt über, in der die Explosivstoffe gewaschen werden, was zur Folge hatte, daß ein Objekt in die Luft flog. Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich zurzeit noch nicht feststellen, doch ist sie sehr groß. Mit den Bergungsarbeiten konnte noch nicht begonnen werden, da man weitere Explosionen befürchtet. Der Sach- und Materialschaden ist beträchtlich. Die Häuser in der Umgegend wurden stark mitgenommen. — Vorgestern, kurz nach 11 Uhr, fand eine Explosion in einem Gelatinierhaus der Dynamitfabrik Schlebusch statt. Die dort beschäftigt gewesenen fünf Arbeiter wurden getötet, ein weiterer leicht verletzt. Die Zerstörung blieb auf den Explosionsherd beschränkt. Die Ursache konnte nicht festgestellt werden. Bei der kurz vorher vorgenommenen Revision war alles in ordnungsmäßigem Zustand befunden worden. — Auch in der Nähe von Altenfurth bei Nürnberg explodierte das Munitionsdepot, wobei vier Personen schwer verletzt wurden. Eine von ihnen ist inzwischen gestorben. Die Ursache ist anscheinend auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Gewerkschaftsbewegung

Tagung der Techniker.

Die außerordentlich große Zahl der Anträge, die in die Hunderte ging, verlängerte die Verhandlungen in einem Maße, daß sie am Himmelfahrtstage fortgesetzt werden mußten.

Unserem bisherigen Bericht ist noch nachzutragen, daß der AfA-Bund durch Süß (Berlin) vertreten war, der im Namen des Bundes der Tagung die besten Erfolge wünschte.

Folgender Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen: „Der Bundestag verlangt vom Vorstand umgehende Aufnahme von Verhandlungen mit dem AfA-Bund und dem ADGB. mit dem Ziel des gemeinsamen Austrittes dieser Spitzenorganisationen aus der Zentralarbeitsgemeinschaft."

Weiter wurde der Antrag angenommen: „Der Bund möge mit den anderen Gewerkschaften mit aller Energie dafür eintreten, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag der Arbeit erklärt wird."

Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Notstandsarbeiter sind aus den betreffenden Betrieben selbst zu wählen nach Anhören der zuständigen Betriebsräte."

Bei den Wahlen des Bundesvorstandes wurden als ehrenamtliche Mitglieder gewählt: Heinze, la Haine, Arndt, Mahlow, Pintsch, Reichel, Bruß, Munk, Schöberlein, Frank, Reyersbach, Klein, Cosmus, Kurt Werner und Waschow. (Die Mitglieder Kaufmann, Geiser und Waschow scheiden aus dem Vorstand, um als Geschäftsführer des Bundes im Reiche wichtige Aufgaben zu erledigen.

Für die ehrenamtlichen Mitglieder wurden 15 Ersatzleute gewählt.

Zu besoldeten Vorstandsmitgliedern (Geschäftsführern) wurden Aufhäuser, Händeler, Bote, Hofmann, Lenz, Lustig, Dr. Pfirrmann, Schweitzer, Schwedt und Werner gewählt. Als Ersatzleute: Fröhlich, Horn, Schindler, Sohlich und Gaedke.

Ort der nächsten Tagung des Bundes ist Dresden. Die Zahl der Delegierten hierzu soll 120 betragen.

Nach Erledigung einiger mehr internen Bundesangelegenheiten wurde der Bundestag geschlossen.

Die Maifeier in Baden und das Reichsministerium.

Man sollte annehmen, die Tatsache, daß der 1. Mai in Baden ein gesetzlicher Feiertag ist, sei auch den Reichsbehörden bekannt. Allein der Beschluß, wonach Beamte, Angestellte und Arbeiter — der Länder, in denen der 1. Mai noch nicht gesetzlicher Feiertag ist — um Befreiung vom Dienst am 1. Mai nachsuchen können, ihnen dieser Tag dann aber auf den Erholungsurlaub angerechnet wird, wurde auch den Reichsämtern Badens zugestellt.

Die Mitglieder des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, insbesondere die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten in Baden, haben gegen diesen Vorgang Protest erhoben, da sie darin eine Mißachtung des Landesgesetzes erblicken. Sie ersuchen uns nachträglich, ihren Protest zu veröffentlichen.

Da die Beschlüsse der Reichsbehörden den Landesbehörden zur Kenntnis gebracht werden müssen, nehmen wir an, daß es sich nicht um eine absichtliche Mißachtung der landesgesetzlichen Maifeier handelt. Immerhin mußte diesem Umstande Rechnung getragen werden. Bisher sind alle besonderen landesgesetzlichen Feiertage auch von den Reichsbehörden respektiert worden. Sollte darin eine Aenderung eintreten, dann müßte sie auch bei diesen Feiertagen, Fronleichnam, Reformationsfest usw. erfolgen.

Zur Lage der städtischen Hilfsangestellten schreibt uns der Betriebsrat eines Verwaltungsbezirks, daß die höchsten Stundenlohnsätze der Bureauarbeiter der Stadt Berlin sich zwischen 11 bis 12 M. bewegten. Ende Mai werde ihnen nur ihr Arbeitsverdienst in Höhe des Märzgehalts ausgezahlt. Die Gesamtheit der Angestellten sei verschuldet. Wenn weiter in dem Schreiben gegen „die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft und die Gewerkschaften" Vorwürfe erhoben werden, so geht daraus hervor, daß es auch um die gewerkschaftlichen Organisation dieser Bureauarbeiter nicht gut bestellt ist, da sie sich sonst an ihre zuständige Organisation, den ZdA. gewandt hätten, der sich der Interessen seiner Mitglieder noch stets angenommen hat.

Alle Kinotheater, in denen die gelben Plakate der „Deutschen Filmgewerkschaft" mit der Unterschrift Schweng und Schneckenhaus nicht aushängen, sind infolge des Vorführerstreiks auf Beschluß der Organisation gesperrt.

„Eines der dringendsten Bedürfnisse der Gegenwart" dürfte nach der „Roten Fahne" befriedigt sein durch ein Referat des Herrn Losowsky in Moskau, das als „kleine, leicht lesserliche Broschüre" von 40 Seiten zum Preise von 8 M. empfohlen wird. Wenn auf diese Weise, das heißt durch Referate der Sowjetbeamten und deren Drucklegung „die dringendsten Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt" werden könnten, dann gäbe es in Rußland längst keine Hungersnot mehr, deren Abstellung für Rußland zweifellos eines der dringendsten Bedürfnisse der Gegenwart darstellt. Allein in Rußland können nur wenige solche Referate lesen und keiner wird davon satt. Deshalb sollen deutsche Arbeiter sich an dieser fragwürdigen geistigen Nahrung laben.

Die Beendigung des Metallarbeiterstreiks in Bayern ist nach Ill. mit einer Mehrheit von rund 90 Proz., die sich für die Annahme des Einigungsvorschlages ergab, beschlossen worden.

Sport.

Rennen im Grunewald am Donnerstag, den 25. Mai.

1. Rennen. 1. Geheimtip (Borowsky), 2. Philippus (Stys), 3. Top Twig (Publ). Tot.: 23 : 10. Platz: 14, 23, 25 : 10. Ferner liefen: Mardonius, Robert, Pionier, Landrat.

2. Rennen. 1. Orkus (v. Keller), 2. Glatteis (Grf. Berke), 3. Don Biniou (Kränzlin). Tot.: 27 : 10.

3. Rennen. 1. Almanach (Gorsler), 2. Snob (Kukulies), 3. Prüfung (Bismarck). Tot.: 51 : 10. Platz: 15, 16, 13 : 10. Ferner liefen: Medusa, Parma II, Hoppy, Picol, Ehel Paysan II.

4. Rennen. 1. Lalle (P. Lewicki), 2. Romberg (v. Keller), 3. Sieg, 4. Cid. Tot.: 16 : 10. Platz: 12, 13 : 10. ¾—2—6 Längen. Ferner liefen: Fachinger, Perseus.

5. Rennen. 1. Lucifer (P. Lewicki), 2. Triß (Bismark), 3. Wehrmann 2, 4. Gallipoli 3. Tot.: 20 : 10. Platz: 14, 13 : 10. Ferner liefen: Capitelist, Tambur.

6. Rennen. 1. Arkansas (Mannchen), 2. Corona (Stielau), 3. Marc Anton (Buchholz), 4. Flandern. Tot.: 55 : 10. Platz: 17, 24, 13 : 10. 2—3—6 Längen. Ferner liefen: Barbar, Tivoli, Brisk.

7. Rennen. 1. Orkan (Senkpiel), 2. Eris (Bismark), 3. Frauerl. Tot.: 29 : 10. Platz: 15, 10 : 10. 2½—3—½ Längen. Ferner liefen: Flugschrift, Landsmann.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. 20. Nach eingehender Prüfung Ihrer Schilderung können wir nur abraten.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Künzel, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Frischer Spargel Pfd. von 5.00 an
Kartoffeln grosse ..... Pfund 2.40
Salat ..... Kopf 3.50
Schnittbohnen ca. 2-Pfd.-Dose 21.75
Reis mit Tomaten, ca. 2-Pfd.-Dose 14.75
Kabliau im ganzen, o. Kopf, Pfd. 5.80
Schellfisch frisch ..... Pfund 4.50
Frische Bleie ..... Pfund 3.60

Landleberwurst ... Pfund 34.00
Rotwurst nach Thüring. Art, Pfd. 34.00
Bauernmettwurst grob, Pfd. 39.50
Mettwurst n. Braunschw. Art, Pfd. 49.50
Teewurst ..... Pfund 55.00
Grosse Fettflundern Pfd. 16.50
Rehkochfleisch .... Pfund 18.00
Rehblätter ..... Pfund 33.00

Leipziger Str. **Frisches Fleisch** Alexanderplatz

Schw.-Schinken und Blatt ..... Pfund 40.00
Schweinebauch mit Beilage Pfund 40.00
Kalbsrücken ..... Pfund 26.00
Kalbskeulen ..... Pfund 28.00
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 42.00
Schweinenieren gefroren Pfund 11.00
Hammelrücken gefroren Pfund 23.00
Rindfleisch ohne Knochen, gefroren ..... Pfund 36.00

Tfl.-Margarine Pfd. 33.00
Rindertalg ausgelassen, Pfund 35.00
Kokosfett ..... Pfund 36.00
Marmelade gem. Zucker gekocht ..... Pfd. 10.00
Kunsthonig .. 1-Pfund-Paket 11.50
Weizenmehl feinstes ... Pfund 10.50
Weizengriess ..... Pfund 12.50
Kaffee-Ers.-Misch. 10% B. Pfund 15.00

Rahmkäse ..... Stück 8.00
Landkäse ..... Stück 9.00
Kräuterkäse ..... Stück 6.00
Edamer Käse ..... Pfund 34.00
Harzer Käse ..... Pfund 28.00
Korinthen ..... Pfund 31.00
Grosse Rosinen .. Pfund 42.00
Gebrannte Gerste Pfund 10.50

Seelachs im ganzen, ohne Kopf ..... Pfund 4.90
Goldbars geräuchert ..... Pfund 8.00
Räucherflundern pommerische ..... Pfund 11.50
Kaninchen gefroren ..... Pfund 11.50

Weinbrand-Verschnitt* 1/1 Flasche 35.00 1/2 Flasche 62.50
Weinbrand-Verschnitt** 1/1 Flasche 37.50 1/2 Flasche 67.50
Deutscher Weinbrand*** 1/1 Flasche 42.50 1/2 Flasche 78.50

Zur Bowle!
1920er Oberhaardter Maikammerer
1/1 Flasche 20.00 20% Steuerzuschlag

Johannisbeer-, Himbeer- und Kirsch-Saft mit Raffinade eingekocht
1/1 Flasche 27.50 1/2 Flasche 48.50

Theater, Lichtspiele usw.

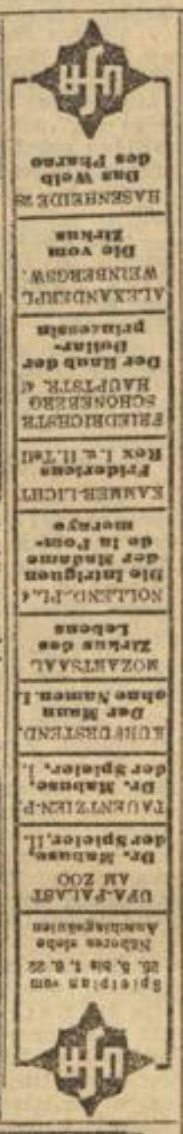
Opernhaus Madame Butterfly 7½ Uhr
Schauspielhaus Lumpazivagabundus 7½ Uhr
Deutsch. Theat. Freitag 7½: Das Eseis Schatten
Kammerspiele Freit. 8: Einen Jux will er sich machen
Gr. Schauspielh. (Karlstraße) Ftg. 7½: Die versunkene Glocke
„Die wunderlich. Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr
Komödienhaus 8 U.: „Gretchen" Gläßner, Roberts.
Berliner Th. 7.30: Madame Flirt
Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung Arnold Korff Adele Sandrock
Trianon-Th. Täglich 4, 8 Uhr: MORAL von Ludwig Thoma Burg, Limburg, Junkermann, Schroth, Falkenstein, Mamelok
Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Brot und Arbeit
Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tgl. 7½: Der neue Schlager! Der Neffe aus Afrika Farben vollständig neuer Teil u. a. Engagiert Letzt. Rose Volkstüml. Preise! Stg. 3½: Tante Bella
Folies Caprice 8, 8 u. pers. Regie v. Dir. Ant. Herrnfeld „Nachtdienst" v. A. u. D. Herrnfeld „Mandelbaums Hochzeitsreise" v. A. u. D. Herrnfeld

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½ Uhr: Der Traum ein Leben
Lessing-Th. 7 Uhr: Faust Sonnab. b. Mtg. 7½: Mad. Sans-Gêne
Deut. Künstler-Th. Allabendl. 7½: Man kann nie wissen ...
Central-Theater 7½ U.: Mädels v. Davos Deutsch Opernhaus 7½ Uhr: Mignon
Friedrich-Wilhelmst. Th. 8 Uhr: Prinz von Homburg Intimes Theater 8: Die Peitsche und? — Lauf doch nicht immer nackt herum Klein. Schauspielh. 7½ Uhr: Der keusche Lebemann Lustspielhaus 8 Uhr: Der Werwolf Metropol-Theater 7½ Uhr: Bajadere Neues Operett.-Th. 8 Uhr: Lady Chic Neues Th. am Zoo 8 Uhr: Scampolo Neues Volkstheater 7½ U.: Anna Boleyn Schiller-Th. Charl. 8 Uhr: Schmetterlingsschlacht Thalia-Theater 7½: Die Herren von und zu ... Th. a. Nollendorfpl. 3½: 360 Frauen 7½ U.: Verliebte Leute Theater d. Westens 8: Elga von Herbert Hasselmann Theater in d. Kommandant. Str. 8 Uhr: Gelbstern Walliner-Theater 7½ U.: Die beiden Nachtigallen Walhalla-Theater 8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe

BIL Potsdamer Str. 38 Turmstr. 12 **Dr. Mabuse der Spieler** I. Teil W. 6.30, 8.45 Uhr S. 4.30, 6.40, 8.50 U.

Komische 7½ Oper 7½ Der Meister vom Montmartre Offenbachs Liebesleh.
Circus Busch Tgl. 7½, Sonst. auch 3 U. Schluß 30. Mai. Heute Freitag! Ehren-Abend Meisterdresseur Karl Hess Neue Originaldressuren Im lustigen Mamagenkauf Ueber'n großen Teich
Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr: Stettiner Sänger Dönhoff-Brettl Tel. 7½ U.

Die Abtreibung der Leibesfrucht von Universitäts-Professoren A. Grotjahn und G. Radbruch
!! Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen !!
Preis 2,50 Mk.
Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2



WINTERGARTEN Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Zinn Gold-, Silber-Bruch **Quecksilber** Blei, Kupfer, Platin usw. kauft z. Engrospreise Schurow, Lange Str. 35 am Schlesischen Bahnhof

Juwelenbesitzer
Wir schätzen Ihnen kostenlos
Ihre Brillanten, Juwelen, Platin, Gold-, Silber-Bruch, Perlen, Smaragde u. kaufen dieselben zum heutigen wirklich reellen Wert, insbesondere grosse Steine sowie ganze Nachlässe. — Günstiger An- und Verkauf von Juwelen und ebenso Gemälden.
Hubert Hommelsheim G. m. b. H.
Königgrätzer Str. 123
neben Hotel „Fürstenhof" am Potsdamer Platz
Zentr. 1092
Legitimation erforderlich.

Die Genossenschaft befindet sich in Liquidation, etwaige Forderungen sind sofort einzureichen. 100 9*
Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft Berliner Handgarnisten e. G. m. b. H.
Berlin N 37, Schwedter Straße 24. III.
Liquidatoren: Otto Tarnow. Josef Meistrow.

Seit 70 Jahren ist San.-R. Dr. Strahls **Haussalbe** bei Hautausschl., Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel. Original-Dose 17,50 und 34,— M.
Elefanten-Apotheke Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Dönhofpl.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatengold, von 250,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 200,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 100,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
D. R. G. M. Ausführlicher Katalog nach auswärts geg. Rückporto.
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. Telephon: Steinplatz 11803.
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Suche zur Selbstverwertung **Edelsteine** u. Edelmetalle zu höchst. Preisen
G. Schliephacke Juwelier Friedrichstraße 211 Ecke Kochstr.

Metall sekundarstelle Osten Grüner Weg 80 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing Blei, Zink etc.**

Spez.-Beh. nur für **Ischias** u. Hüft., Ges. u. Bein Da schw. Fälle in 15 Tag. bes. hierüb. unanstd. Heilerfahr. best. u. Ref. Ignatzstraße 106, v. 10-2 Jacoby

Deutscher!
Es gibt noch Freunde und es gibt noch Menschen, die es dir werden können.
Lies das Buch
Auslandsrätsel!
Nordamerikanische und spanische Reisebriefe
von
Professor Friedrich Dessauer
Es ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Geheftet 35 M., gebunden 45 M., in feinem Leinenband 56 M.
Verlag Kösel & Pustet K.G. Kempten

Kleingärtner Siedler u. Pächter
erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den Kommentar von
DR. ED. DAVID
Die Siedlungsgesetzgebung
einschließlich Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pachtschutzordnung
PREIS: geh. 15 Mk., geb. 20 Mk.
Buchhandlg. Vorwärts Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Sozial-Revolutionäre
Soeben erschienen. Soeben erschienen.
Wichtiges Material zum bevorstehenden Prozeß in Moskau.
G. Ssemjonow (Wassiljew):
Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917—1918.
85 Seiten. Preis Mk. 3.—.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den
Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8.

Echte extrast. **Waltherius Hiemfong** - Essenz (Destillat) 12 Fl. M 60, bei 24 Fl. M. 110 frk. u. inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herst. Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Trotha 143

Zahn-Atelier für modernen Zahnersatz **H. Knapp** vorm. Fenker
Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonnt. 10—12
Kottbuser Damm 70/71. Tel: Mpl. 7827

Verkäufe

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4. Ecke Rosenthalerstraße.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 875, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II. Ecke Kommandantenstr.

Sie sparen Geld! Wenn Sie im Leihhaus Humboldt, Gerichtstr. 23, gegenüber der Städtischen Badeanstalt, Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Pelzwaren kaufen. Spottbillige Preise, Keine Lombardware.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Nutzenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Repetier, Wäschetische, Linoleum, Bauerbüfche verkauft Sylliat, Kolonienstraße 9.

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat in Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Mitte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 66A, I.

Kirgenbe besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalertor.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Nutzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Sinnenverwirrend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfuchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu geradezu billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Silberfüchse 500.—, Kreuzfüchse 400.—, Wölfe 500.—, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmantel 3500.—, Sportpelze 1500.—, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Berufsbekleidung. Hosen-Zentrale, kaufen Sie am billigsten Weidenweg 19, im gelben Laden. Freitag und Sonnabend besonders billige Preise. 94/10*

Bettwäsche, noch Zeit, billig einzukaufen. Bettbezüge, Kissen, Laken, Handtücher, Damenhemden, Beinkleider, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken, Läuferstoffe, Brücken, Betten. Keine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe im Wäschehof. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4. Ecke Rosenthalerstraße.

Silberwölfe, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Seemäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager, Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz.

Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Füchse und Felle aller Art enorm billig. Spitzer, Kommandantenstraße 28 II.

Getragene Friedensanzüge, große Auswahl, zum Teil auf Seide, sehr billig, jede Figur passend, auf Lager. Frack-, Smokinganzüge. Schnurmacher, Stallgr Straße 100, Laden, Hochbahn Oranienstr.

Möbel

Chaiselongues, Umbausofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 450.— an. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Möbel-Tischler, Brunnenstr. 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Korbmöbel, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Metallbetten 250.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettbett. Meicke, Auguststraße 33a. Quergebäude.

Möbel immer noch zu alten Preisen. Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Ganze Einrichtungen, einzelne Möbel. Kostenlose Lagerung. Diefece auch auswärts. Landwehr, Müllerstr. 7 (Weddingplatz).

Chaiselongue, Chaiselonguedecke 250.—, Auflegematratzen, wunderbare Wandbehänge. Polsterer, Pappelallee 12.

Musikinstrumente

Bandonion billig. Dürfer, Kraustraße 17 (gewerblich).

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstr. 10. 1498*

Prismengläser kauft Lutz, Alexanderstraße 5a.

Glühstrumpfsache kauft Willmel, Elsasserstraße 20a I.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle, Hebamme Opitz, Neue Königstraße 37 (Alexanderplatz).

Gewissenhafte Untersuchung, Auskunft. Erfahrene Hebamme Eckel, Bülowstr. 62.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schlosserlehrlinge sucht M. Hellwig, Brandenburgstr. 72.

Zigaretten-Packerinnen, nur geübte, für gute Marken bei hohem Lohn stellt sofort ein Massary-Zigarettenfabrik, Berlin S. 42, Ritterstraße 9/10.

Erstklassige **Wagensattler und Lackierer** können eingestellt werden. Fahrgeldvergütung. **Rolandwerke, Biesenthal M.**

Tüchtige Tischler auf furnierte Arbeiten stellen sofort ein. Fahrgeldvergütung. **Rolandwerke, Biesenthal M.**

Botenfrauen und Männer
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Bärwaldstraße 42
Bastianstraße 7
Boxhagener Str. 62
Gerlachstraße 22
Immanuelkirchstr. 24
Danziger Platz 14-15
Silbecker Straße 11
Markusstraße 36
Müllerstraße 34 a
Petersburger Platz 7
Prinzenstraße 31
Stegliger Straße 31
Wattstraße 9
Wilhelmshav. Str. 45
Dorfgwalde, Rüdichstraße 10
Cichlenberg, Gartenbergstraße 1
Neukölln, Reckestr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschönweide, Brückenstr. 10
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13.